



Die Lehrergewerkschaften rechnen mit einer starken Mobilisierung ihrer Mitglieder am Donnerstag, um gegen den Umgang mit der Gesundheitskrise an den Schulen zu protestieren.

Für diesen Donnerstag ist ein massiver Streik im Bildungswesen geplant. Etwa 75% der Lehrkräfte sollen sich im Streik befinden und die Hälfte der Schulen sollen laut Gewerkschaften geschlossen bleiben. Der Streik ist der Höhepunkt der Turbulenzen eines insgesamt unruhigen Schuljahresbeginns, der durch drei Änderungen des Gesundheitsprotokolls innerhalb einer Woche gekennzeichnet ist. „Aufgrund der späten Ankunft der Gesundheitsempfehlungen des Hohen Rates (am 31. Dezember) (...) mussten wir uns ständig anpassen“, rechtfertigte Regierungssprecher Gabriel Attal gestern im Anschluss an die Sitzung des Ministerrats.

Lesen Sie auch: Streik: Hälfte der Schulen am 13. Januar geschlossen

Wird der Mindestbetreuungsdienst aufrechterhalten?

In Frankreich ist der Mindestbetreuungsdienst in den Schulen eine gesetzliche Verpflichtung: Die Gemeinden müssen an Streiktagen in den Vor- und Grundschulen Betreuungen für die Schüler bereitstellen. Der Mindestbetreuungsdienst wird nur dann eingerichtet, wenn mehr als 25% der Lehrkräfte an einer Schule streiken. In der Praxis wird bei dem Betreuungsdienst Kinder aus mehreren verschiedenen Klassen zusammengefasst.

Das Gesundheitsprotokoll, das heute in den Schulen Frankreichs Pflicht ist, lässt es jedoch nicht zu, dass Schüler aus verschiedenen Klassen zusammengeführt werden. Viele Gemeinden in Frankreich werden daher nicht in der Lage sein, den Mindestbetreuungsdienst zu gewährleisten.

Insgesamt sind in Frankreich etwa 100 Protestversammlungen geplant, die in grösseren Städten des Landes stattfinden werden. Die Gewerkschaft Unsa Éducation hat auf ihrer Website eine Frankreichkarte mit allen für Donnerstag, den 13. Januar, geplanten Demonstrationen veröffentlicht.